

Wie NRW die Belastung mit Nitraten senken will

Ziel: Weniger Gülle und flexibleres Düngen

Von Robert Vornholt

DÜSSELDORF ■ Die Senkung der Nitratbelastung wird in Nordrhein-Westfalen auf unterschiedlichen Ebenen angestrebt. Anfang kommenden Jahres soll das Landeskabinett den Entwurf für ein neues Landeswassergesetz (LWG) beschließen, so dass anschließend der Landtag darüber beraten kann. Nur knapp sechs Prozent der untersuchten 13750 Kilometer Gewässer (Flüsse, Bäche, Seen) seien „in einem guten ökologischen Zustand“, untermauert Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) seine Initiativen zur Verbesserung der Oberflächengewässer und des Grundwassers.

Dichte Besiedlung, die Industrialisierung und die intensive Landwirtschaft haben laut Remmel deutliche Spuren in den Gewässern in NRW hinterlassen. In landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebieten (in Teilen des Münsterlandes und des Rheinlandes mit hoher Viehdichte) seien die Nitratkonzentrationen seit über 20 Jahren gleichbleibend hoch oder höher.

Um Stoffeinträge aus der Landwirtschaft abzusenken, werden der Ackerbau sowie der Einsatz und die Lagerung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in einem Fünf-Meter-Streifen zum Gewässer mit einer Übergangszeit ab 2022 verboten, heißt es im Eckpunktepapier Rimmels.

„Ich halte es grundsätzlich für erstrebenswert, dass auf einem landwirtschaftlichen Betrieb nicht mehr Gülle anfällt, als auf eigenen Flächen ausgebracht werden kann“, fordert Remmel eine „Hoftorbilanz“. Bisher liegt die Ober-

grenze für Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft bei 170 Kilogramm jährlich. In diese Formel müssten auch Gärreste aus Biogasanlagen und Klärschlamm einfließen. Zurzeit würden bis zu 80 Kilogramm über der Höchstgrenze auf die Böden verteilt.

Laut Einschätzung des Landesumweltamtes müssten die Stickstoffeinträge in NRW jährlich um mehr als 27000 Tonnen pro Jahr vermindert werden, um die Grundwässer nachhaltig von Nitraten zu entlasten. Kürzere Fristen für die Ausbringung von Gülle und flexiblerer Einsatz des Wirtschaftsdüngers sowie umweltschonenderer Anbau von Pflanzen, die in Biogasanlagen für die Energiegewinnung genutzt werden, zählen zur Strategie des Umweltministers.

„Eines der größten Umweltprobleme“

Ein Hauptargument für drastische Einschnitte: 40 Prozent des Grundwassers muss wegen der gesundheitsgefährdenden Nitratgehalte für die Trinkwassergewinnung aufwendig aufbereitet werden. „Die Nitratbelastungen in unseren Gewässern sind eines der größten Umweltprobleme, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Die Vertragsverletzungsverfahren der EU sind nachvollziehbar und erhöhen somit den Druck auf die Bundesregierung, endlich etwas dagegen zu unternehmen“, verweist Remmel auf die Zuständigkeit in Berlin. Es müsse „schnellstmöglich eine neue Verordnung mit strengeren Vorgaben“ geben, fordert der Minister.